
Die chinesische Wirtschaft nach der Kulturrevolution¹

Friedrich Levcik

Einleitung

Einer der ersten und nachhaltigsten Eindrücke, die ich nach eingehenden Gesprächen mit Wirtschaftswissenschaftlern der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften gewonnen habe, ist die Tatsache, daß die Wirtschaft der Chinesischen Volksrepublik trotz aller Unterschiede in Kultur und Zivilisation und gewaltiger Unterschiede im Entwicklungsniveau zu den zentralgeplanten sozialistischen Wirtschaften sowjetischer Prägung gehört. In Hinblick auf den bestehenden Antagonismus zwischen der Sowjetunion und China mag es verwundern, daß ich mich gleich in der Einleitung meines Berichtes auf das sowjetische Modell berufe. Bei meiner Feststellung muß ich allerdings nicht nur auf meine vielleicht oberflächlichen Eindrücke zurückgreifen, sondern ich kann mich hiezu auf die Meinung chinesischer Wirtschaftswissenschaftler berufen. So schreibt zum Beispiel der bekannte Ökonom Xue Muquiao: „Chinas gegenwärtiges System des Wirtschaftsmanagements ist nach dem sowjetischen Modell, wie es während der Stalin-Ära übernommen wurde, geprägt².“

Die gesellschaftlichen Produktionsmittel sind im allgemeinen im Eigentum des Staates oder von Kollektiven unter staatlichem Einfluß. In der Industrie herrscht Staatseigentum vor, in der Landwirtschaft kollektives, grob gesagt, genossenschaftliches Eigentum. Die Allokation der Ressourcen wird durch einen zentralen Volkswirtschaftsplan größtenteils in physischen Größen festgesetzt, der die Prioritäten der Kommunistischen Partei und der Regierung zum Ausdruck bringt. Preise und autonome Entscheidungen der Betriebe spielten bis vor kurzem eine nur geringfügige Rolle. Wenn auch diese Rolle in letzter

Zeit gewachsen ist, darf sie keineswegs überbewertet werden. Zusammen mit den zumeist quantitativ festgesetzten Produktionszielen erhalten die Betriebe auch Zuteilungen von Materialien, Ausrüstungen und Arbeitskräften von den zentralen Planungsbehörden. Zusätzlich zu den Produktionszielen und Inputbeschränkungen werden für wichtige Güter sog. materielle Bilanzen ausgearbeitet, die auf der Aufkommen- und auf der Verwendungsseite intermediären Produktionsverbrauch, Investitionen, Endverbrauch und Exporte einschließen.

Da China viel zu groß ist, um von einer Stelle, nämlich der staatlichen Planungskommission, kontrolliert zu werden, ist ein hierarchisches System errichtet worden, gemäß dem Betriebe, welche die wichtigen Güter erzeugen, durch die zentralen Fachministerien³ angeleitet werden, während für andere, weniger wichtige Güter Ämter auf regionaler Ebene verantwortlich sind. Diese regionale Ebene umfaßt Provinzen, unabhängige Stadtgemeinden und autonome Regionen, denen wiederum Kreis- und Bezirksverwaltungen mit den dazugehörigen Betrieben und Einrichtungen untergeordnet sind.

Dieser nur in knappsten Zügen umrissene Aufbau der Wirtschaftsorganisation und des Wirtschaftsmanagements zeigt, wie sehr sich das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft trotz aller Peripetien in der Wirtschaftsentwicklung und trotz aller Wirren der Kulturrevolution erhalten hat und naturgemäß zu ähnlichen Problemen, aber auch zu ähnlichen Reformbestrebungen führt, wie wir sie aus der Sowjetunion selbst und aus den osteuropäischen RGW-Ländern kennen.

Die gegenwärtige Konsolidierungsphase

In dieser Studie möchte ich mich auf die drei wichtigsten Probleme der jetzigen *Phase der Konsolidierung* beschränken, die in der chinesischen Fachpresse häufig durch Begriffe wie „Anpassung“, „Restrukturierung“, „Konsolidierung“ und „Vervollkommenung“ umrissen werden, und die uns vielleicht geläufiger wären, wenn wir sie mit den bei uns üblichen Worten wie „Stabilisierungspolitik“, „Strukturpolitik“ und „Reform des Leitungssystems“ bezeichnen würden.

Lassen Sie mich zunächst einmal berichten, wie die chinesischen Wirtschaftswissenschaftler selber, in diesem Fall der Leiter der Abteilung für politische Ökonomie im Ökonomischen Institut der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, gemäß meinen Aufzeichnungen die bisherige Entwicklung charakterisiert hat.

„Der Sozialismus wurde 32 Jahre lang aufgebaut und man kann einige beachtliche Erfolge aufzählen: Es wurde ein selbständiges, komplexes Industriesystem geschaffen. Die ganze Bevölkerung wird mit Grundnahrungsmitteln versorgt.

Aber im Vergleich zu anderen Ländern kann man ein Zurückbleiben feststellen, welches ökonomische und politische Gründe hat: Es wurde nicht gut gearbeitet (‚Wir haben nicht gut gearbeitet‘), die Industrialisie-

rung wurde einseitig überbetont. So entstanden große Disproportionen in der Wirtschaft: zwischen Industrie und Landwirtschaft, innerhalb der Industrie zwischen Schwer- und Leichtindustrie und zwischen der Akkumulation und dem Verbrauch.

Warum bleibt der technische Fortschritt aus, warum bleibt der Lebensstandard zurück? Hier zeigen sich besonders die Mängel des bisherigen Leitungssystems.

- a) In der Politik der Entscheidungsträger: Nur der Staat, nicht die Betriebe entscheiden. Die finanziellen, materiellen und Arbeitsressourcen sind in den Händen des Staates konzentriert, die Betriebe sind keine selbständigen Wirtschaftsorgane, sie haben keine Initiative.
- b) Eine zweite negative Seite des bisherigen Systems ist die Überbetonung der Rolle des Wirtschaftsplanes, und zuwenig wird die Regulationsfunktion des Marktes beachtet. Daher haben die Betriebe wenig Beziehungen zu anderen Betrieben in der Produktion, zu den Lieferungen von Inputs und im Absatz der eigenen Produktion. Das führt zu großen Verlusten.
- c) Bei den Interessen wurde zuviel einseitig auf die Interessen des Staates Rücksicht genommen, während die Interessen der Betriebe, der Kollektive und der Einzelpersonen vernachlässigt wurden. Eine Konsequenz war die Politik der Gleichmacherei 'Aus dem gemeinsamen Reistopf essen'.
- d) Bei der Organisation der Leitung wurden zu sehr administrative Methoden angewendet und die Benutzung ökonomischer Instrumente wurde vernachlässigt.

An Stelle von horizontalen Bindungen und Beziehungen zwischen den Betrieben und regionalen und örtlichen Organisationen wurde einseitig die staatliche, vertikale Entscheidungshierarchie betont. All das steht der Entwicklung der Wirtschaft im Wege.

Vielmehr wäre es notwendig:

- Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen vorzunehmen
- Marktregulierungen mit dem staatlichen Plan zu verbinden
- die Bindung staatlicher, kollektiver und Einzelinteressen zu betonen
- statt dem administrativen ein ökonomisches Leitungssystem mittels ökonomischer Instrumente und mittels Rechtsvorschriften anzuwenden.

Das wäre unser Idealmodell eines neuen Leitungssystems.“

Die in der Einschätzung des Abteilungsleiters des chinesischen Instituts enthaltene Kritik charakterisiert zugleich die Bemühungen der ersten Jahre nach der Überwindung der Folgen der Kulturrevolution. Einerseits mußte das vielfach durchlöchernte, hierarchische System der Planung und Leitung wieder etabliert werden, zugleich sollte es jedoch elastischer gehandhabt werden. Zu den positiven Ergebnissen dieser Zeit gehörte eine gewisse Belebung der Initiative der Betriebe, die zu einer Erhöhung der Produktion, der Gewinne und der Einkommen führte. Zugleich wurden auch Versuche unternommen, mittels materieller Anreize das Interesse der Werktätigen zu wecken und

dadurch die Gleichmacherei zu überwinden. Aber zugleich mit der Belebung der mikroökonomischen Ebene wurde die Kontrolle auf makroökonomischer Ebene schwieriger. Inflationäre Erscheinungen, die einerseits zu großen Budgetdefiziten und andererseits zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten führten, bewogen die Partei und Regierung in der Mitte des Jahres 1979 diese Entwicklung zu stoppen und durch die sog. *Konsolidierungsphase* abzulösen, die zunächst nur zwei Jahre dauern sollte, die aber nun um weitere 4–5 Jahre verlängert wird⁴.

Stabilisierungspolitik

Die drei miteinander verbundenen Aufgaben sind die Wiederherstellung des inneren und äußeren Gleichgewichtes, eine nachhaltige Verbesserung der Struktur in Richtung Leichtindustrie, Landwirtschaft und Konsum und eine Reform des Leitungssystems, wobei gemäß den Instruktionen der Regierung, die Reform des Leitungssystems den Zielsetzungen einer Gleichgewichtspolitik und im gewissen Sinne auch der Strukturpolitik untergeordnet wird.

Die Wiedererlangung des inneren und äußeren Gleichgewichtes ist nur durch eine Verlangsamung des gesamten wirtschaftlichen Wachstums und einer Unterbeschäftigung vieler Betriebe zu erlangen. So ging der jährliche Zuwachs des Bruttowertes der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion von 12,3 Prozent im Jahre 1978 auf 4,5 Prozent im Jahre 1981 zurück. Das Nationalprodukt stieg 1981 um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Investitionstätigkeit mußte stark gekürzt werden, 1981 wurden die Investitionen der zentralen und regionalen Behörden um 20,6 Prozent verringert. Selbst zahlreiche baureife oder schon in Bau befindliche Investitionsobjekte wurden eingestellt oder verschoben, dabei sollten hauptsächlich solche Projekte von der Kürzung betroffen werden, für die nach Fertigstellung nicht genügend Rohstoffe, Zulieferungen, Fachkräfte und vor allem Energie zur Verfügung stehen würden. Die drastischen Investitionskürzungen sollten bewirken, daß trotz radikaler Verlangsamung des Wirtschaftswachstums eine Verlagerung der Verwendung des Nationalproduktes zum Verbrauch hin ermöglicht wird. Tatsächlich profitierten hauptsächlich die etwa 80 Prozent in der Landwirtschaft tätigen Chinesen in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Ihr Realeinkommen stieg den Angaben zufolge um 14 Prozent, während das reale Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung lediglich um 1,8 Prozent zunahm. Der durchschnittliche Nominallohn der Arbeiter und Angestellten stieg nur um 1,3 Prozent und stellt man die erhöhten Lebenshaltungskosten in Rechnung, so ist ein Reallohnverlust von 1,2 Prozent zu verzeichnen. Die ausgewiesene Erhöhung des realen Pro-Kopf-Einkommens hängt mit dem Anstieg der Beschäftigung zusammen⁵.

Aber die Hauptzielsetzungen zur Wiedererlangung eines Gleichgewichtes sind anscheinend erreicht worden. Das Budgetdefizit, welches

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der VR China

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in %				
	1953–1979	1979	1980	1981	1982 Plan
Nationalprodukt	6,1	6,3	6,9	3,0	4,0
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	3,4	8,6	2,7	5,7	
Brutto-Industrieproduktion	11,1	8,5	8,7	4,1	
davon:					
Schwerindustrie	13,6	7,7	1,4	– 4,7	
Leichtindustrie	9,1	9,6	18,4	14,1	
Arbeitsproduktivität in volkseigener Industrie	.	6,4	2,0	– 1,8	
Brutto-Anlageinvestitionen des volkseigenen Sektors	9,7 ¹⁾	4,4	7,8	–20,6	
Einzelhandelsumsatz ²⁾	6,8 ¹⁾	12,4 ³⁾	12,2	7,2	
Einzelhandelspreise	.	5,8	6,0	2,4	
Beschäftigte in volkseigenen Betrieben	6,2 ¹⁾	3,2	4,2	4,4	
Bevölkerung	2,0 ¹⁾	1,3	1,2		
Durchschnittlicher Reallohn der Arbeiter u. Angestellten		7,6	6,1	– 1,2	

¹⁾ 1953–1978

²⁾ konstante Preise

³⁾ Zu laufenden Preisen stiegen die Einzelhandelsumsätze um 14,7%. Berücksichtigt man die Preissteigerungen im Einzelhandel, dann wäre der Einzelhandelsumsatz nur um 8,4% gestiegen.

Quelle: Planerfüllungsberichte

Main Indicators, Development of the National Economy of the P. R. of China, State Statistical Bureau of the P. R. of China, 1979, Beijing.

1979 17 Mrd. Yuan und im Jahre 1980 12,7 Mrd. Yuan betrug, verringerte sich 1981 auf knapp 2,7 Mrd. Yuan⁶. Auch hier spielten die Investitionskürzungen die entscheidende Rolle. (Tab. 1)

Noch günstiger sind die Ergebnisse der Wiedererlangung des Außenwirtschaftsgleichgewichtes. 1979 betrug das Außenhandelsdefizit der Volksrepublik China über 2 Mrd. \$, 1980 über 1,5 Mrd. Im vergangenen Jahr betrug es gemäß der offiziellen Berichterstattung des chinesischen statistischen Amtes nur 10 Mio. Yuan oder 6,7 Mio. \$. Die Verbesserung der Handelsbilanzsituation gelang ohne dem im Westen vielfach befürchteten Rückzug vom Welthandel. Tatsächlich erhöhte sich der chinesische Außenhandelsumsatz 1981 überproportional um 29 Prozent, was nur bei einer bedeutend rascheren Steigerung der Ausfuhren (35,5 Prozent) gegenüber den Einfuhren (23,1 Prozent) ermöglicht wurde (Tabelle 2). Wenn man bedenkt, daß China durch Einnahmen aus dem Tourismus und bei den übrigen Dienstleistungen einen Überschuß von gut 1,5 Mrd. \$ im Jahr erzielt, kann – trotz Zinszahlungen für Kredite – damit gerechnet werden, daß die Volksrepublik China im Vorjahr zu den wenigen Ländern der Erde mit einer aktiven Leistungs-

Entwicklung des Außenhandels, 1978–1981

Tabelle 2

	1978	1979	1980	1981
		Mill. Yuan		
Ausfuhr	16.785	21.200	27.120	36.760
Einfuhr	18.750	24.300	29.880	36.770
Saldo	-1.965	-3.100	-2.760	-10

Quelle: Planerfüllungsberichte

Chinas Auslandsstatus gegenüber westlichen Banken

Tabelle 3

	Einlagen	Schulden in Mrd. US \$	Nettoposition
Dezember 1980	2,2	2,5	-0,3
Juni 1981	3,4	2,5	+0,9
Dezember 1981	5,6	2,3	+3,3

Quelle: Bank for International Settlements, Basle, International banking developments, Quarterly Reports.

bilanz gehörte. Innerhalb eines Jahres hat China gegenüber westlichen Banken eine Gläubigerposition erlangt. (Tabelle 3)

Selbstverständlich hatten diese radikalen Stabilisierungsmaßnahmen nicht nur positive Aspekte. Eines der negativen Aspekte ist das Auftreten der Massenarbeitslosigkeit in den Städten, welches in China euphemistisch „warten auf eine Beschäftigung“ genannt wird.

Die Arbeitslosigkeit in den Städten

Das Problem der *Massenarbeitslosigkeit* in den Städten⁷ hat viele Väter. Es wäre sicherlich oberflächlich und falsch, es nur mit der jetzigen Konsolidierungsphase, der Kürzung der Investitionstätigkeit und der Unterauslastung der Kapazitäten, insbesondere der Schwerindustrie, zu verbinden. Dennoch sind die eben angeführten Aspekte der Konsolidierungsphase an und für sich nicht gerade allzu geeignet, das Arbeitslosenproblem in den Griff zu bekommen.

Einer der Hauptgründe der Arbeitslosigkeit ist sicherlich die überdurchschnittlich hohe Rate des Bevölkerungszuwachses, der sich bis zur Mitte der sechziger Jahre fast ungehemmt entwickelte und erst seit dieser Zeit durch sehr radikale administrative Methoden gebremst wird⁸. Gegenwärtig leben noch immer 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung auf dem Lande, insbesondere dort war der Bevölkerungs-

zuwachs in den letzten 32 Jahren äußerst hoch. Eine Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte, welche bei einer Modernisierung der Landwirtschaft, die noch größtenteils mit traditionellen Methoden betrieben wird, nur allzu natürlich wäre, müßten das Problem der Arbeitslosigkeit in den Städten nur noch verschärfen. Dabei sind gerade in den letzten Jahren die Mehrzahl der 17 Mio. Jugendlichen, die während der Kulturrevolution aufs Land geschickt wurden, wieder in die Städte zurückgekehrt.

Die Wurzel der Probleme wird von chinesischen Wissenschaftern der Akademie der Gesellschaftswissenschaften darin gesehen, daß die Bevölkerung und das Beschäftigungspotential mächtig angewachsen sind, während das Wachstum der Volkswirtschaft dem nicht entsprochen hat⁹. Diese Feststellung mag überraschen, wenn man bedenkt, daß die Industrieproduktion von 1953 bis 1979 im Jahresdurchschnitt nach offiziellen Angaben um 11,1 und das Nationaleinkommen immerhin um 6,1 im Jahresdurchschnitt gewachsen ist. Hiezu bemerken allerdings die chinesischen Analytiker, daß man erstens bedenken muß, daß infolge der Rückständigkeit der halbfeudalen und halbkolonialen Strukturen vor der Befreiung, das Startniveau der Volkswirtschaft äußerst gering war und infolgedessen prozentuelle Wachstumsraten naturgemäß hoch erscheinen mußten, und daß zweitens, statistische Angaben über die Bruttoproduktion der Industrie häufig Doppelzählungen aufwiesen, so daß die statistischen Ergebnisse keineswegs die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung widerspiegeln, und daß schließlich die zwei Epochen „radikal linker“ Übertreibungen (in der Epoche des „großen Sprunges“ und in der Zeit der Kulturrevolution) die chinesische Volkswirtschaft ernstlich unterminiert haben.

Ein dritter wichtiger Grund der Arbeitslosigkeit ist die irrationale Wirtschaftsstruktur¹⁰, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat, und diese Feststellung führt mich bereits zu einem zweiten Problem der Konsolidierungsphase, das mit strukturpolitischen Maßnahmen gelöst werden muß. Innerhalb der Industrie wurde viele Jahre lang der Schwerindustrie ein viel größeres Gewicht zugemessen als der Leichtindustrie. In den letzten 31 Jahren hat China über 374 Mrd. Yuan in die Schwerindustrie investiert, aber nur etwas über 39 Mrd. Yuan in die Leichtindustrie. Ganz abgesehen davon, daß diese einseitige Entwicklung dazu führte, daß die Nachfrage nach Konsumgütern nicht gedeckt werden konnte, hat die unterschiedliche Kapitalintensität auch eine Lösung des Beschäftigtenproblems erschwert. Für eine jede Million Yuan von fixem Anlagekapital können in der Leichtindustrie 257 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, aber nur 94 in der Schwerindustrie¹¹.

Der tertiäre Sektor, einschließlich Transport, Handel und Dienstleistungen, aber insbesondere persönliche Dienstleistungen, wie handwerkliche und Reparaturwerkstätten, wurde vernachlässigt, obwohl gerade in diesem Sektor mit relativ weniger Anlagekapital Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Man nimmt an, daß für eine Million Yuan fixen Anlagekapitals im tertiären Sektor sogar 800 bis 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Ein vierter Grund für die entstandenen strukturellen Ungleichgewichte wird darin gesehen, daß seit dem Ende der fünfziger Jahre – außerhalb der Landwirtschaft – dem staatlichen Sektor und großen Betriebseinheiten gegenüber Klein- und Mittelbetrieben, die häufig auf genossenschaftlicher Basis organisiert werden, eindeutig der Vorrang gegeben wurde. In dieser Zeit wurden solche Kleingenossenschaften in Großbetriebe umgewandelt, die von städtischen Gemeinden oder direkt vom Staat verwaltet wurden. Im Laufe dieser Entwicklung sank die Anzahl der Beschäftigten in genossenschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben. Zwischen 1965 und 1976 stieg der Anteil der Beschäftigten im staatlichen Sektor von unter 73 auf 79 Prozent. Auch diese Strukturverschiebung hatte negative Folgen für das Beschäftigungsniveau. Mit der gleichen Investitionssumme können in einem Genossenschaftsbetrieb 4mal mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als in einem staatlichen Großbetrieb. In einem genossenschaftlichen Betrieb braucht man nur 2000 Yuan, um einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, in einem staatlichen Großbetrieb braucht man zumindest 9000 bis 10.000 Yuan¹².

In derselben Zeit wurden selbständige Tätigkeiten fast vollkommen verboten. 1953 gab es in den Städten Chinas 9 Mill. individuelle Selbständige, d. h. fast 50 Prozent des städtischen Beschäftigungspotentials, jedoch nach 1958 – wo versucht wurde, nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten Volkskommunen zu errichten – gab es nur mehr 150.000 Selbständige, und gegen Ende der Epoche der Kulturrevolution sind Betriebe von Selbständigen vollkommen verschwunden¹³. Zugleich mit den administrativen Zwängen sank auch der soziale Status individueller Selbständiger. Noch heute gilt diese allgemeine Geringschätzung der selbständigen Arbeit und auch die niedrigere Einschätzung der genossenschaftlich organisierten Arbeit¹⁴.

Schließlich sei noch auf die überzentralisierte Arbeitskräfteverwaltung hingewiesen, die viele Jahre lang in China angewendet wurde. Insbesondere während der Kulturrevolution nach 1965 wurden alle Arbeitsplätze durch ein zentralisiertes Staatssystem vergeben. Betriebe und Institutionen durften sich nicht selbst bemühen, Arbeitskräfte auszusuchen und anzunehmen, und Arbeitslose bzw. diejenigen, die auf einen Arbeitsplatz warteten, durften nicht selbst einen Arbeitsplatz suchen. Die negativen Seiten waren, daß es keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des zentralisierten Systems gab, und daß die Arbeitslosen jahrelang warten mußten, bevor ihnen ein Arbeitsplatz zugewiesen wurde und daß sie während dieser Zeit des Wartens eventuell früher erworbene Qualifikationen verloren. Wenn jemand aber einen Posten in einem staatlichen Betrieb bekam, war er praktisch unkündbar, und ohne Rücksicht auf Arbeitsleistung erhielt er zwar einen niedrigen, aber sicheren Lohn, der ihm, wie die Chinesen sagen, „die gleiche eiserne Reisschüssel“ garantiert. Auf diese Art und Weise wurde eine künstliche Überbeschäftigung geschaffen, die in schlechter Arbeitsmoral und niedriger Arbeitsproduktivität ihren Niederschlag fand. Menschliche, materielle und finanzielle Ressourcen wurden und werden auf diese Art und Weise vergeudet.

Strukturpolitik

Von dieser Analyse ausgehend, kann auch die *Strukturpolitik* der chinesischen Regierung in der jetzigen Konsolidierungsphase besser verstanden werden. In der *Industrie* geht es darum, der Leichtindustrie nunmehr den Vorrang zu geben¹⁵. (Tabelle 4) Tatsächlich stieg bereits im Jahre 1979 die Produktion in der Leichtindustrie um 9,6 Prozent, in der Schwerindustrie nur mehr um 7,7 Prozent. Im Jahre 1980 wuchs die Leichtindustrie um 18,4 Prozent, die Schwerindustrie nur mehr um 1,4 Prozent. 1981 erhöhte sich die Bruttoproduktion der Leichtindustrie um 14,1 Prozent, während in der Schwerindustrie die Produktion um 4,7 Prozent sank und sich zugleich an die notwendigen Strukturänderungen anpaßte¹⁶.

Tabelle 4

Anteile der Schwer- und Leichtindustrie am Wert der industriellen Bruttoproduktion

	in %		
	1979	1980	1981
Schwerindustrie	56,9	53,1	48,6
Leichtindustrie	43,1	46,9	51,4
Industrie insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Planerfüllungsberichte

Früher lieferte sie hauptsächlich Maschinen und Ausrüstungen für große Kapitalprojekte innerhalb der Schwerindustrie. Nun wird die Schwerindustrie dazu angehalten, die Leichtindustrie und die Landwirtschaft besser mit Maschinen auszurüsten. Produkte, für die keine Nachfrage besteht, werden nicht mehr produziert oder nur in geringeren Mengen, während die Produkte, die dem Konsum oder dem Export dienen, weiter expandieren. Nach einem absoluten Rückgang der Erzeugung der Schwerindustrie in den ersten drei Quartalen des Jahres 1981 begann die Produktion im 4. Quartal nach durchgeführter struktureller Anpassung wieder zu wachsen¹⁷.

Große Anstrengungen werden unternommen, um den tertiären Sektor zu beleben, insbesondere durch Gründung von kleinen und mittleren Kooperativen, aber auch durch die Ermunterung und Förderung der selbständigen Tätigkeit. Nur zögernde Fortschritte können registriert werden, einer der Gründe scheint darin zu liegen, daß die Parteiführer und verantwortlichen Verwaltungsbeamten auf lokaler Ebene die Wichtigkeit dieser Entwicklung nicht erkannt haben, und trotz eindeutiger Regulierungsmaßnahmen von seiten der Zentralbehörden wenig Mittel für die Entfaltung des tertiären Sektors zur Verfügung stellen¹⁸. Ein weiterer wichtiger Grund scheint darin zu liegen, daß junge Leute, auch wenn sie schon lange auf eine Arbeitsstelle im staatlichen Sektor warten, trotzdem nur zögernd eine Tätigkeit

im kooperativen oder individuellen Sektor aufzunehmen bereit sind, da, wie früher erwähnt, der soziale Status einer solchen Tätigkeit sehr niedrig eingeschätzt wird.

Weitaus größere Beachtung findet nun die *Entwicklung der Landwirtschaft*. Hier stellt sich die Strukturpolitik eine Reihe von Aufgaben: Die einseitige Orientierung auf Getreide, d. h. auf die Reisproduktion aufgegeben, die landwirtschaftlichen Betriebe werden ermuntert, auch technische Pflanzen wie Zuckerrohr, Baumwolle, Raps und andere ölhaltige Pflanzen zu erzeugen. In organisatorischer Hinsicht werden die Entscheidungsvollmachten über Pflanzenbau, Vieh- und Geflügelzucht etc. von den Kommunen auf die niedrigsten Einheiten, die Arbeitsgruppen, verlagert. Die Arbeitsgruppen werden zur Basiseinheit für die landwirtschaftliche Produktion und für die Verteilung der Wirtschaftsergebnisse, während sich die Kommunen und zum Teil auch die Brigaden mehr und mehr auf die Koordinierungs- und Verwaltungsaufgaben beschränken. Schließlich wird der Errichtung ländlicher, nicht-landwirtschaftlicher Betriebe eine erhöhte Bedeutung beigemessen. Heute beschäftigen die ländlichen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe bereits 10 Prozent des ländlichen Beschäftigungspotentials, aber zugleich wird durch sie ein Drittel des Gesamteinkommens der ländlichen Bevölkerung erworben¹⁹. Es zeigt sich, daß die nicht-landwirtschaftlichen Betriebe zu einer immer bedeutenderen Quelle des Bauerneinkommens werden, daß sie helfen, das noch sehr niedrige Lebensniveau der ländlichen Bevölkerung zu erhöhen, und daß zugleich durch sie das Beschäftigungsproblem auf dem Lande leichter gelöst werden kann. In manchen Gebieten, und besonders in den besseren Kommunen, wird fast die Hälfte des Einkommens durch industrielle und gewerbliche Tätigkeit erworben. Auch in der Kommune Ta-Li, südlich von Kwangtschou, die ich besucht habe, kommt 50 Prozent der von der Kommune erzeugten Bruttoproduktion aus der industriellen und gewerblichen Tätigkeit, und 50 Prozent aus der pflanzlichen und tierischen Produktion.

Die industrielle Erzeugung konzentriert sich hauptsächlich auf die erste Verarbeitungsstufe der landwirtschaftlichen Produkte, auf die Erzeugung von Baumaterialien in Ziegelbrennereien, kleinen Zementfabriken, auf das Baugewerbe, auf Reparaturwerkstätten und andere gewerbliche Dienstleistungsbetriebe. Im Jahre 1980 erzeugten landwirtschaftliche Betriebe 10 Prozent der gesamten Industrieproduktion und 8 Prozent der Exporte.²⁰

Die chinesische Presse betont allerdings auch, daß es noch gewaltige Unterschiede im Entwicklungsniveau und in der Deckung der Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung gibt.

Reform der Planung und Leitung der Wirtschaft

Ich habe an einer anderen Stelle dieser Arbeit meine Anmerkungen über die Ansichten eines leitenden Mitarbeiters des ökonomischen

Institutes der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften über das bisherige Leitungssystem zitiert²¹. In welcher Richtung soll sich nach der Vorstellung vieler chinesischer Wirtschaftswissenschaftler eine Reform des Planungs- und Leitungssystems entwickeln?

Was die Entscheidungsfindung anbetrifft, sollen anstelle der früheren Zentralisierung Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen vorgenommen werden. Statt dem administrativen Leitungssystem, gemäß dem den untergeordneten Planebenen und den Betrieben verbindliche Planaufgaben vorgegeben werden (meistens in physischen Größen), deren Einhaltung kontrolliert wird, sollte ein ökonomisches Leitungssystem erarbeitet werden, welches die Planerfüllung mittels ökonomischer Instrumente und allgemein verbindlicher Rechtsvorschriften durchzusetzen versucht. Es soll erkannt werden, daß nicht alle Prozesse nur durch einen staatlichen Plan bewältigt werden können und daß auch den Marktkräften und deren Regulierung ein gewisser Raum gegeben werden muß, und daß schließlich statt der Überbetonung staatlicher Interessen eine Harmonisierung staatlicher, kollektiver (Gruppeninteressen) und Einzelinteressen angestrebt werden soll.

Zur Zeit ist noch nicht klar, in welcher Weise sich die Reform des Leitungssystems weiter entwickeln wird. Unter den Wirtschaftswissenschaftlern Chinas besteht großes Interesse für diesen Fragenkomplex, und bestehende Reformmodelle, insbesondere in den osteuropäischen Ländern, werden eingehend studiert. 1979 und 1980 scheint das jugoslawische Modell einer weitgehenden Dezentralisierung und eines Marktsozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung große Sympathien gehabt zu haben. Berichte über die Reformbestrebungen in Polen, insbesondere über die Rolle einer unabhängigen Gewerkschaft in einem sozialistischen System wurden eher mit Skepsis entgegengenommen. Zur Zeit meines Besuches war ein größeres Interesse an den Reformzügen der ungarischen Wirtschaft festzustellen, aber auch die Erfahrungen der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform zur Zeit des Prager Frühlings wurde eingehend diskutiert. Im allgemeinen gilt, daß eine Wirtschaftsreform nur dann annehmbar ist, wenn sie unter der Führung der Kommunistischen Partei von oben, nicht jedoch unter Druck von unten durchgeführt werden kann. Alle Ansätze einer spontanen Entwicklung wurden bis jetzt mit administrativen Mitteln unterdrückt.

In der wirtschaftlichen Praxis gibt es bis jetzt eigentlich nur Experimente. Lediglich in der Veränderung der *Organisations- und Leitungsmethoden für die Landwirtschaft* kann man bereits bleibendere und tiefergehende Veränderungen registrieren²². So wurde das System der Eigenverantwortung der bäuerlichen Haushalte für Arbeitseinteilung, Erzeugung und Verteilung der Einkommen, welches der noch niedrigen Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft am besten entspricht, nach wiederholten Verboten und Kritik zur Zeit der „linken“ Abweichungen, schließlich im Dezember 1978 von der Partei ausdrücklich gebilligt. Selbstverständlich in Kommunen, wo das wirtschaftliche und kulturelle Niveau höher ist und wo die Wirtschaftsstruktur bereits komplexer geworden ist, und die Produktion für den Markt ein

bestimmtes Niveau erreicht hat, kann man mit dem Organisationsprinzip der Selbstverantwortung der bäuerlichen Haushalte nicht auskommen und es müssen andere, konkrete Formen der Arbeitsteilung und der Leitung angewandt werden, die den Realitäten besser entsprechen. Auf jeden Fall kann nun die Kommune selbst, aber vor allem können auch die einzelnen bäuerlichen Haushalte nach Verkauf der durch verbindliche Aufgaben festgesetzten Mengen an den Staat, landwirtschaftliche Produkte für höhere Preise am Markt frei verkaufen. Es ist eine grundlegende Änderung gegenüber dem früheren System, welches selbstverständlich auch die frühere Gleichmacherei und Einkommensnivellierung aufweicht. Das ist sicherlich gut für die Arbeitsproduktivität und Effektivität der Wirtschaft, erzeugt jedoch aber auch gewisse soziale Spannungen, da diese neue Philosophie grundsätzlich von der Philosophie der Deckung der Grundbedürfnisse in einem armen Land abweicht.

In den *industriellen Betrieben* gehen die Experimente dahin, den Betriebsleitungen eine größere Verantwortung für die Erzeugung und Absatz zuzubilligen²³.

In einer Maschinenfabrik in Shanghai, die ich besucht habe, wurde die Planung insofern geändert, daß seit 1979 nur mehr rund 40 Prozent der Gesamtproduktion auf Grund verbindlich vorgegebener Planaufgaben erzeugt wird. Früher hatte der Betrieb überwiegend verbindlich vorgegebene Planaufgaben zu erfüllen (über 90 Prozent), nunmehr muß das Unternehmen für 60 Prozent seiner Tätigkeit die Produktion selbst festlegen, und zwar auf Grund von Marktprognosen und auf Grund der Entsendung von Mitarbeitern in andere Betriebe und regionale Institutionen, um die Nachfrage festzustellen. Um den Produktionszyklus einhalten zu können, wird auch etwas mehr fürs Lager erzeugt als früher.

Der Betrieb erzeugt zwei Arten von Bulldozern, aber auch metallurgische Ausrüstungen, insbesondere für Koksanlagen und neuerdings Maschinenerzeugnisse für die Leichtindustrie, für die es nun eine größere Nachfrage gibt. So werden z. B. Maschinen für die Erzeugung von Holzspanplatten erzeugt.

Der Betrieb arbeitet nun auf der Basis einer zweistufigen Wirtschaftsverrechnung, wobei ein Verrechnungsverfahren sowohl für den gesamten Betrieb als auch für innerbetriebliche Verrechnungszentren eingeführt wurde. Unter dem alten System wurden dem Betrieb sämtliche materiellen und finanziellen Ressourcen und auch die Arbeitskräfte durch den Plan zugeteilt. Was die Arbeitskräfteplanung und Arbeitskräfteverwaltung anbelangt, ist es zu keiner Änderung gekommen. Immer noch sind die Beschäftigten unkündbar und Einstellungen werden nur auf Grund von amtlicher Zuteilung vorgenommen. Geändert hat sich hingegen die Verantwortung für die wirtschaftlichen Ergebnisse der Erzeugung. Früher mußte die Differenz zwischen dem Umsatz und den Kosten abgeführt werden, auf der anderen Seite erhielt der Betrieb Zuteilungen von finanziellen Mitteln für Investitionen und für die Umlaufmittel. Nunmehr zahlt der Betrieb verschiedene Steuern,

dotiert nach Bezahlung dieser Steuern drei Betriebsfonds, und zwar den Entwicklungsfonds für Investitionen, den Wohlfahrtsfonds für Einrichtungen für die Beschäftigten und den Entlohnungsfonds (eine Art Gewinnbeteiligung in Form verschiedener Prämien und Bonuszahlungen). Neben einer Umsatzsteuer, Umlaufsmittel- und Grundfondsabführung (für das fixe Anlagekapital), einer Gebäude- und Grundsteuer, einer Steuer für bewegliches Inventar, gibt es noch eine 50prozentige Gewinnsteuer. Sollte nach Dotierung der drei oben erwähnten Fonds noch etwas übrig bleiben, dann wird der Restbetrag als sogenannte Regulierungssteuer abgeführt. In der Praxis des Jahres 1980 betrug diese Regulierungssteuer 2 Prozent des Jahresumsatzes bzw. 6,25 Prozent des Bruttogewinnes (vor Besteuerung). Die Regulierungssteuer hat den Zweck, Zufallsgewinne (sog. Wind-Fall-Gains), die durch die administrativen Preise entstehen können, an den Staat abzuführen. In der Fabrik gibt es zwei Arten von Preisen, administrativ vorgeschriebene Preise für die Mehrzahl der hergestellten Güter, und vereinbarte Preise, die auf Grund einer vorgeschriebenen Kalkulation vom Betrieb selbst errechnet werden.

Es entsteht der Eindruck, daß zumindest gemäß diesem Experiment die chinesische Regierung bereit ist, Entscheidungen und Verantwortung weitgehend auf Betriebsebene zu verlagern, daß man jedoch vorderhand nicht bereit ist, auch die Preisgestaltung zu lockern. Es gäbe zwar für die Produktpalette des Betriebes eine Konkurrenz anderer Unternehmungen, jedoch auch die müssen gemäß der vorgeschriebenen Preise erzeugen und der Wettbewerb konzentriert sich daher lediglich auf die Qualität oder technischen Parameter der Erzeugnisse. Die *Preisbildung* ist sichtlich *der sensitivste Teil aller Reformbewägungen* und es scheint vorderhand wenig Bereitschaft zu geben, zusammen mit einer Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auch die Preisgestaltung zu dezentralisieren und gewissen Marktmechanismen unterzuordnen.

Bei administrativ festgesetzten und häufig irrationalen Preisrelationen ist es dann kein Wunder, wenn dezentrale Entscheidungen zu Disproportionen führen. Z. B. wurde beklagt, daß Textilfabriken nicht genügend Baumwollstoffe erzeugen, weil der Preis zu niedrig angesetzt ist und die Betriebe bei dieser Erzeugung keinen Gewinn erzielen können. Auf der anderen Seite betrachtet man eine Erhöhung der Preise für diesen Massenkonsumartikel als sozial nicht tragbar.

Die sich aus den Widersprüchen zwischen irrationalen Preisen und dezentralen Entscheidungen ergebenden Disproportionen gefährden allerdings die Reformbestrebungen selbst, da die Regierung zur Auffassung kommen könnte, daß die Bedürfnisse des Volkes ins Hintertreffen geraten, wenn der Profit das wichtigste Erfolgskriterium wäre. Andererseits, bei einer Lockerung des Preisgefüges entsteht die Gefahr – und das haben die Jahre 1978 und 1979 gezeigt –, daß inflationäre Prozesse in Bewegung geraten, die für die Masse der chinesischen Bevölkerung, welche gewöhnt ist, nach dem Prinzip „aus der gleichen eisernen Reisschüssel zu essen“ und mit nur wenig differenzierten und meist

gleichbleibenden Löhnen ein Auskommen zu finden, unakzeptabel ist.

Es wird auch von seiten der Parteiführung und der Regierung immer wieder betont, daß Reformmaßnahmen anderen Belangen der Konsolidationsphase, nämlich der Gleichgewichtspolitik sowie der Strukturpolitik, untergeordnet werden müssen. Nur solche Experimente sollen fortgesetzt werden, die der Stabilisierungspolitik zur Wiedererlangung des äußeren und inneren Gleichgewichtes nicht im Wege stehen. Und so sind zumindest zur Zeit die Konturen einer allumfassenden Reform des Planungs- und Leitungssystems doch recht undeutlich.

Auf der anderen Seite ist es unklar, inwieweit die niedrige Arbeitsproduktivität überwunden werden kann, wenn nichts mit dem Leistungssystem geschieht.

Schlußfolgerungen

Die chinesische Volksrepublik plagt sich eigentlich mit den gleichen ungelösten Problemen wie die anderen zentralgeplanten Wirtschaften sowjetischen Typs. Vermehrt werden die Schwierigkeiten durch das niedrige unterentwickelte Ausgangsniveau der chinesischen Wirtschaft. Die Ähnlichkeit der Probleme und Schwierigkeiten führt daher zwingend zu der Frage der Ursachen dieser Entwicklung. Einer Entwicklung, die durch eine verzerrte Wirtschaftsstruktur, ineffiziente Allokation der Ressourcen, technologische Rückständigkeit, ungenügende Anreize und eine bedenkliche Gleichgewichtslabilität beim Eindringen neuer, bisher unerprobter Elemente, charakterisiert werden kann. Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn eine gründliche Analyse der Entstehung der Disproportionen, der periodischen Schwankungen des Wachstumsrhythmus und der gleichfalls periodisch wiederkehrenden Gleichgewichtsstörungen der Wirtschaft vorgenommen werden sollten. Hier sei nur darauf verwiesen, daß sie einerseits eng mit den durch das direktive zentralistische Planungssystem hervorgerufenen Verhaltensweisen der Betriebe und der Planungshierarchie und andererseits mit einem ungenügenden Reaktionsvermögen des Systems beim Auftreten unerwarteter Entwicklungen zusammenhängen²⁴. Solche unerwartete Entwicklungen, die zu einer Störung des inneren und äußeren Gleichgewichtes führen, können im Zuge einer Wirtschaftsreform auftreten, wenn versucht wird, das frühere starre zentralistische Planungssystem abzubauen, ohne daß rechtzeitig sich selbst regulierende, ökonomische Instrumente entwickelt werden. Auch der Versuch, die sich früher vorwiegend autark entwickelnde Wirtschaft der Weltwirtschaft gegenüber zu öffnen, kann bei unzulänglicher Adaptierung der Außenwirtschaftsinstitutionen zu ähnlichen Gleichgewichtsstörungen führen, die sich durch Budgetdefizite, Inflation und wachsende Verschuldung manifestieren²⁵.

Die Aufgaben der Konsolidierungsphase in der VR China, nämlich die Wiederherstellung des inneren und äußeren Gleichgewichtes, die Verbesserung der Struktur und die Reform des Leitungssystems sind

daher ähnlich den Problemen, mit denen sich auch die europäischen zentralgeplanten Wirtschaften seit Jahren beschäftigen und die sie bisher noch nicht befriedigend lösen konnten. Im Unterschied zu den anderen Ländern des „realen Sozialismus“ kann man jedoch in der chinesischen Volksrepublik einen ernsten Willen sehen, über ideologische Leitbilder hinaus, die Realität konkret und nüchtern zu analysieren und die eigenen Schwächen und Unzulänglichkeiten aufrichtig und ohne Beschönigung zu kritisieren. Dies bringt mich zu dem Schluß, daß in der Volksrepublik China vielleicht doch bessere Voraussetzungen gegeben sind, um mit den schwierigen Problemen der Unterentwicklung und der Beseitigung eines ineffizienten Systems bei Beibehaltung der Grundwerte des Sozialismus fertig zu werden.

Anmerkungen

- 1 Diese Studie wurde nach einer Reise in die Volksrepublik China im November 1981 auf Grund einer Einladung der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften verfaßt. Ich möchte mich auf diesem Wege für die erwiesene Gastfreundschaft und für die eingehenden Gespräche und Diskussionen mit Kollegen in Beijing, Shanghai und Kwangschou (Kanton) bedanken. Die Arbeit ist selbstverständlich durch den Gedankenaustausch mit meinen Gastgebern beeinflußt worden. Eventuelle Fehler und Irrtümer hinsichtlich von Tatsachen oder Interpretation sind jedoch ausschließlich mir anzulasten.
- 2 Xue Muqiao, *China's Socialist Economy*, Beijing 1981, p. 204.
- 3 Es gibt z. B. 8 Ministerien für die Maschinenindustrie.
- 4 Peng Jin Zhang, „The Chinese Economy in the Phase of Readjustment“ *LTCB Research*, The Long-Term Credit Bank of Japan, No. 46/1981.
- 5 Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981 der Volksrepublik China, *Beijing Rundschau* Nr. 20/1982.
- 6 BFAI/Ost-Informationen, *VR China, Wirtschaftslege 1981*, Mai 1982, S. 28 (Wechselkurs 1 Yuan = 0,53 US \$ = 9,10 öS).
- 7 Feng Lanrui and Zhao Lükuan „Urban Unemployment in China“ *Social Sciences in China* 1/1982, pp. 123–139.
- 8 Liu Zheng, Song Jian and Others, *China's Population Problems & Prospects*, China Studies Series, New World Press, Beijing, 1981.
- 9 Zhang Zehou and Chen Yuguang, „On the relationship between the Population structure and national economic development in China“, *Social Sciences in China*, 4/1981, pp. 55–83.
- 10 Zhang Zehou and Chen Yuguang, *ibid.*
- 11 Feng Lanrui, „The job problem: an analysis“, *China Daily*, November 27, 1981.
- 12 Feng Lanrui and Zhao Lükuan, *ibid.*
- 13 *ibid.*
- 14 Chen Yingci, „Individual economy can help everyone“ *China Daily*, Nov. 28, 1981. Gemäß dieser Quelle ist die Anzahl der individuellen Selbständigen wieder gewachsen. 1974 hatten 250.000 Haushalte einen selbständigen Betrieb, Ende 1981 waren es bereits fast 800.000 Haushalte.
- 15 Chen Shengchang and Zhang Zehou, „Discussions on the problems of economic structure“ *Social Sciences in China* 1/1982, pp. 9–25.
Tian Jianhai and Li Guang'an, „How should an overall balance be attained in planning the national economy“ *Social Sciences in China*, 3/1981, pp. 5–17.
- 16 Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1981 der Volksrepublik China, *Beijing Rundschau*, Nr. 20/1982

- 17 Bericht des Premierministers Zhao Ziyang im Nationalen Volkskongreß, „Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Richtlinien für den künftigen Wirtschaftsaufbau“, *Beijing Rundschau*, 22. 12. 1981.
- 18 Chen Yingci, „Individual economy can help eneryone“ *China Daily*, November 28, 1981.
- 19 „Rural enterprises a principal source of peasant income“ Xinhua, zitiert in *China Daily*, Nov. 20, 1981.
- 20 „Rural enterprises . . .“ *ibid.*
- 21 Siehe auch Xue Muqiao, *China's Socialist Economy*, Chapter VIII „The System of Economic Management in a Socialist Country“ p. 203–238.
- 22 Xue Muqiao, a. a. O. S. 56–66.
- 23 Tang Fengyi „A further step in expanding the autonomy of state-owned enterprises“ *Social sciences in China*, 1/1981, pp. 157–168.
- 24 Siehe G. Fink, F. Levcik: *Die Wirtschaftskrise im RGW-Raum*, WIIW, Reprint Serie Nr. 55, Wien, 1981.
- 25 Bekanntlich sind auch Marktwirtschaften nicht gegen solche Störungen gefeit. Im Unterschied zu den zentralgeplanten Wirtschaften, sind die sozialen Spannungen, die diese Störungen hervorrufen, anscheinend besser verkraftbar.